

Neudruck

Antrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE
der CDU-Fraktion
der FDP-Fraktion
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag begrüßt die Entscheidung des Bundesministeriums für Verteidigung, den Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide für eine zivile Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Zur weiteren Entwicklung des Areals ist es notwendig, dass die gesamte Region gemeinsam mit den Landesregierungen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns einheitlich auftritt und ihre Konzeption gegenüber der Bundesregierung darstellt.

Daher wird die Landesregierung aufgefordert:

- die Aktivitäten der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft und des Landkreises Ostprignitz-Ruppin zur Erstellung eines tragfähigen Gesamtkonzepts (Masterplan) zu begleiten. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterstützung der regionalen Akteure bei den Gesprächen mit den zuständigen Bundesbehörden und bei der Entwicklung und Umsetzung des Masterplans für die langfristige und nachhaltige Nutzung des Areals.
- dem Wirtschaftsausschuss des Landtages regelmäßig über den aktuellen Stand zu berichten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass:

- sich die Bundesregierung an der Erarbeitung des Masterplans beteiligt;
- der Masterplan Grundlage für die weiteren Entscheidungen ist, beispielsweise über die Verwertung von Flächen;
- die Region in die Entscheidungsfindung eingebunden wird;
- eine erste Erlebbarkeit des Areals, beispielsweise die Öffnung von sicheren Wegen für geführte Heidewanderungen, ein frühzeitiger Beginn der Pflege und Bewirtschaftung der Heideflächen zur Verhinderung der Verwaldung sowie die Weiterführung der bisherigen forstwirtschaftliche Nutzung ermöglicht wird.

Begründung:

Die Perspektive für eine zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ist der Erfolg der jahrelangen Bemühungen einer ganzen Region. Darauf sind die Menschen zu Recht stolz.

Nun gilt es ein tragfähiges Gesamtkonzept (Masterplan) für die Nachnutzung zu entwickeln. Das Konzept ist gemeinsam mit dem Eigentümer durch die regionalen Akteure auf der Basis der bisherigen guten Vorarbeiten zu erstellen. Dabei müssen sie von der Landesregierung unterstützt und inhaltlich begleitet werden. Ziel sollte es sein, diesen Masterplan als Grundlage für die Anpassung der Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanungen, für die touristische Nutzung, für den Umgang mit Natur und Landschaft sowie der Planung von Standorten für erneuerbaren Energien zu nutzen. Gleichfalls sollten Vorstellungen für die künftige Eigentumsituation und notwendige Konversionsmaßnahmen erarbeitet werden. Im Zuge der Erstellung des Masterplanes ist eine breite Bürgerbeteiligung zu sichern. Die Landesregierung wird in den zur Erarbeitung/Abstimmung des Masterplans notwendigen Gremien mitarbeiten.

Bis zur Vorlage des Masterplans und darüber hinaus sind unterstützende und flankierende Maßnahmen durch den Bund als Eigentümer der Flächen notwendig und sinnvoll. Diese sollen im Dialog miteinander identifiziert und in gemeinsamer Abstimmung realisiert werden.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKIE

Dr. Saskia Ludwig
für die CDU-Fraktion

Hans-Peter Goetz
für die FDP-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN